

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das 'Wilsdruffer Tageblatt' erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle auf der Hauptstraße 2 Wks. im Monat, bei Lieferung durch die Post 2,30 Wks., bei Vorbestellung 2 Wks. 10 Pf. Zuglich: **Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend** 10 Pf. Alle Geschäftsstellen haben den 'Wilsdruffer' und das 'Wochenblatt' zum Bestellen. In allen Buchhandlungen, in den Postämtern und in den Vertriebsstellen des Verlegers. — Abrechnung erfolgt am 1. März. —

Wochenpreis: die 6. und 7. Ausgabe 20 Pf., die 8. und 9. Ausgabe 10 Pf. bei den amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 10. Ausgabe 20 Reichspfennig. Anzeigenpreis: 20 Reichspfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. —

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt.
Nr. 14. — 88. Jahrgang — Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ — Wilsdruff-Dresden — Postfach: Dresden 2642 — Donnerstag, den 17. Januar 1929

Klare Verhältnisse.

So ziemlich die ganze Welt, soweit sie nämlich an der kommenden Reparationskonferenz interessiert ist, war außerordentlich verblüfft, als aus Newyork die Kunde kam, der bekannte Bankier Pierpont Morgan sei zum zweiten amerikanischen Delegierten für jene Konferenz ernannt worden. Und fast gleichzeitig kam die weitere Nachricht, daß sich Parker Gilbert mit festem Akkreditiv absieht von seinem Posten als Reparationsagent zurück zu ziehen, um dann, wie es schon vor Jahren vereinbart sei, in das Bankhaus Morgan einzutreten! Sofort ging ein großes Rauschen darüber los, was bei der Ernennung Morgans nun eigentlich Hintergrund und Absicht sei. In Paris äußerte man eine lebhaftige Freude; man vermutet dort nämlich, die Mitarbeit Morgans dahin auffassen zu können, daß damit dem letzten Ziel der Revision des Dawes-Plans, nämlich der Flüssigmachung der Reparationsschuld in einem mehr oder minder großen Teil zugestimmt werden soll. Das ist vor allem deswegen in Frankreich eine nicht unerhebliche Sorge, weil man dort am 1. August nicht weniger als 400 Millionen Dollar an Amerika bezahlen muß. Und für diesen Zweck bereits die neuorganisierten Reparationsverpflichtungen Deutschlands in irgendeiner Form in Anspruch nehmen will. Die Berliner Regierung hingegen hat sich in der Beurteilung der überraschenden Nachricht ebenso hart zurückgehalten, wie sie es gegenüber der ganzen Entwicklung seit Mitte Dezember vergangenen Jahres getan hat. Und es wäre zweckmäßig, wenn man auch in der deutschen Öffentlichkeit diese Zurückhaltung gegenüber der Ernennung Morgans teilen würde.

Dieser Weltbankier ist weder ein Deutschenfreund noch ein Deutschenfeind, sondern er ist nichts anderes als ein Geschäftsmann und will nichts als dieses sein. Zwar hat er während des Krieges als Präsident des größten Stahltrusts in Amerika ein geradezu enormes Geld verdient, will aber nun aus wirtschaftlichen Gründen den latenten Kriegszustand in Europa überwunden wissen. Deswegen ist er schon 1924 zur Dawes-Konferenz nach London gereist und hat die reichlich harmlosen Franzosen kräftig unter Druck genommen, um allerdings dann den Folgen der Stabilisierung des Franken durch eine Hundert-Millionen-Dollaranleihe möglich zu machen. Verdient hat er natürlich auch daran. Verdient auch an der deutschen Dawes-Anleihe 1924, von der das Haus Morgan allein 200 Millionen Dollar zwecks Emission übernahm. Aus wirtschaftlichen Gründen — denn unter den unklarer gegenwärtigen Verhältnissen in der Reparationsfrage leidet das Geschäft! — will also Morgan endlich eine klare, für die Zukunft festgelegte Situation schaffen. Nicht also etwa aus Freundschaft für Deutschland, und er wird sich gewiß dem Verlusse unserer Gläubigerstaaten nicht entgegenstellen, aus Deutschland herauszuholen, was nur möglich ist, wird die Grenze des Möglichen sehr weit spannen lassen, — aber doch immerhin an eine Grenze denken, uferlose Forderungen nicht billigen können, weil sie wirtschaftlich zu einem Zusammenbruch, also wieder zu einer Wirnis führen müssen. Er wird Wert darauf legen, eine möglichst objektive Feststellung der Leistungsfähigkeit Deutschlands herbeizuführen, es nicht so überbürden zu lassen, weil dies nur wieder zur Zerrüttung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland führt. Immer, wie gesagt, durchaus nicht aus Deutschenfreundschaft, sondern aus der läßlichen Erwägung heraus, daß wir zurzeit bessere Kunden Amerikas sind, als selbst England oder Frankreich.

Zweifellos aber hat man in Paris damit recht, daß man in der Ernennung Morgans die Vorbereitung für eine Kommerzialisierung der deutschen Reparations-schulden sieht, die würde zu einem sehr großen Teil natürlich in den Vereinigten Staaten erfolgen müssen, und das heißt also in der Hauptsache durch das Bankhaus Morgan, das daran ebenso natürlich auch zu verdienen hofft. Weber Frankreich noch England wird dagegen erheblichen Widerspruch aufbringen können, weil beide Länder bei Morgan tief in der Kreide stehen. Die Politik ist schließlich den „Smariens“ Amerikanern auch nur ein Geschäft mit besonderen Mitteln. Man will die große finanzielle Vereinfachung der internationalen Schuldverhältnisse gegenüber Amerika nun endlich durchführen, überhaupt alle diese klaren Verhältnisse schaffen, wozu das alte Europa allein nach amerikanischer Ansicht nicht imstande zu sein scheint. Auch der Dawes-Plan ließ es in seiner bisherigen Form dabei bewenden, dem Deutschen Reich als Schuldner die Ententestaaten als Gläubiger gegenüberstehen zu lassen, abgesehen von den 200 Millionen Dollar der Dawes-Anleihe von 1924 allerdings, die allein von allen deutschen Reparationsschuldverpflichtungen unter das Privatkapital gebracht worden ist. Das war der Anfang und auf diesem Wege der „Privatisierung“ der deutschen Reparationsschuldverpflichtungen will das Haus Morgan die Dinge so weit wie nur irgend möglich vorwärts-treiben.

So erhebt sich hinter diesen bedeutungslosen Geschehnissen des Tages im Hintergrund das Endziel: Liquidierung des Krieges in dem Sinne, daß nicht bloß die Bestimmungen des Versailler Vertrages bis zum letzten Punkt unverrückbar bis in alle Ewigkeit bestehen bleiben sollen, sondern daß auch die Schuldverpflichtungen des neuen Dawes-Vertrages allmählich aus dem Gebiet

Reichswehrakten nach London ausgeliefert

Gröners verratene Denkschrift.

In England veröffentlicht. Eine ziemlich überraschende Entdeckung in Berliner Regierungskreisen dazuh, daß jedoch das Londoner Blatt „Review of Reviews“ eine für das Reichsministerium bestimmte und vertraulich gehaltene Abhandlung des Reichswehrministers Gröner über den seinerzeit so hart umkämpften Van des Panzerkreuzers A veröffentlicht. Von unterrichteter Seite in Berlin wird dazu bemerkt, daß es sich nicht um eine Denkschrift der Reichsregierung, wie auch gesagt wurde, sondern um die eines Ressortministers handelt. Minister Gröner hat die Ausarbeitung im November des vorigen Jahres verfaßt und sie dem Reichsministerium vorgelegt. Sie ist dann auf Wunsch verschiedener Länderregierungen und einigen Reichstagsabgeordneten zugegangen, welche bei der Debatte über den Panzerkreuzer interessiert waren. Es waren unnummerierte Exemplare, von denen festgestellt werden kann, ob sie noch vorhanden sind. Ob nun festgesetzt werden kann, von welcher Seite die Indiskretion begangen worden ist, muß abgewartet werden. Die Schrift selbst bietet kaum etwas wesentlich Neues bis auf einige Anschauungen Gröners, die er hier deutlicher zum Ausdruck bringt als in seinen bei der Debatte um den Kreuzer im Reichstag gehaltenen Reden.

Aus dem Inhalt

ist hervorzuheben, daß Gröner sich besonders mit den Aufgaben der deutschen Wehrmacht in einem etwaigen Kriegesfall beschäftigt und meint, neue Panzerkreuzer seien unter Umständen billiger als die Erhaltung der veralteten Linienfahrzeuge. Das Vorhandensein einer einwand-

freien Verteidigungsmacht allein biete schon eine gewisse Sicherung gegen Angriffe auf deutsches Land. Würden die Polen nicht geradezu nach Ostpreußen hineingelockt werden, falls sie nicht länger befürchten müßten, ihren Weg durch eine Verteidigungsmauer versperrt zu finden? Die deutschen Streitkräfte könnten Verwendung finden gegen Landraub und für den Schutz der deutschen Neutralität während eines Konfliktes zwischen ausländischen Mächten. Da der Versailler Vertrag die Stärke der deutschen Armee begrenzt habe, könnte sie nur durch die Verbesserung der Flotte vermehrt werden. Panzerkreuzer wären geeignet, die baltische Küste vollkommen zu beherrschen, so selbst die Überlegenheit der großen russischen Kampfschiffe nicht so stark in die Erscheinung treten zu lassen.

Eingeteilte Untersuchung.

Die Denkschrift soll nur in einigen Exemplaren hergestellt und wenigen Personen, darunter den Kabinettsmitgliedern und den Führern von Reichstagsfraktionen, zugestellt worden sein. Wie man annimmt, kann das Londoner Blatt nur durch Diebstahl oder Verrat in den Besitz des Schriftstellers gelangt sein. Die Reichsregierung hat eine Untersuchung anordnet, um zu ermitteln, an welcher Stelle die Veruntreuung begangen worden ist. Die ausgegebenen Exemplare sind zurückgefordert worden. Es kann sein, daß kein Exemplar geflohen, wohl aber eines abgeschrieben und verkauft worden ist. Reichswehrminister Gröner hat die Denkschrift wenig Tage vorher verfaßt, ehe der sozialdemokratische Antrag auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers A im Reichstage verhandelt worden ist. General Gröner erklärte damals, nicht im Amt bleiben zu können, wenn der Panzerkreuzer nicht weitergebaut werden sollte.

Ein unerhörter Beschluß des Schlesischen Sejms.

Kattowitz, 16. Januar. Seit dem Zusammenstoß zwischen Strejmann und Jaleski auf der letzten Völkervereinigung in Lugano wird von der polnischen Presse und den polnischen Verbänden eine wüste Hege gegen die deutschen Ingenieure in der ostoberschlesischen Schwerindustrie getrieben. In der Mittwochssitzung des Schlesischen Sejms ist von der Regierungspartei ein Dringlichkeitsantrag eingebracht worden, der den Völkern auffordert, Feststellungen zu treffen, wieviel deutsche Kräfte in der ostoberschlesischen Industrie noch vorhanden sind. Weiter verlangt der Antrag sofortige Ausweisung aller Ingenieure und Direktoren deutscher Staatsangehörigkeit. Namens des deutschen Klubs wandte sich Chefredakteur Dr. Pant gegen diesen Antrag und betonte, daß die ober-schlesische Bevölkerung keine nationalen Phrasen, sondern Arbeit und Brot wolle. Aber Arbeit und Brot würden in Oberschlesien nur dann vorhanden sein, wenn der Friede herrsche. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag mit 16 gegen 13 Stimmen bei 19 Enthaltungen angenommen.

Neuer Aufruhr in Afghanistan

Artilleriekämpfe um Kabul. Aman Allahs große Niederlage. Trotz der Abdankung Aman Allahs sind die Kämpfe um die Hauptstadt des Landes, Kabul, noch nicht eingestillt. Der Rebellenführer Bacha J. Saqau ist mit seinen Kräften im Anmarsch auf Kabul begriffen. Seine Kanonen richten in der Stadt großen Schaden an. Wie es heißt, soll der Rebellenführer auch den neuen König nicht anerkennen wollen. Er hat auf den Kopf Aman Allahs eine hohe Prämie ausgesetzt, so daß damit zu rechnen ist, daß sich viele Kreise des Landes an der Jagd auf die Person des Königs beteiligen werden. Wie bekannt wird, ist die Abdankung Aman Allahs vor allem auf die vollständige Niederlage seiner Truppen zurückzuführen, die sie ungefähr fünf Kilometer westlich von Kabul erlitten haben. In diesem Kampf soll Aman Allah den größten Teil seiner Artillerie verloren haben, so daß sein Hauptquartier in die Hände der Aufständischen fiel.

Die Forderungen der Aufständischen.

Kairo, 16. Januar. Nach hier vorliegenden Meldungen ist es den Aufständischen gelungen, zwei Flugzeuge der Regierungstruppen zu erbeuten. Die Führer der Flugzeuge wurden sofort erschossen. Obgleich der König die Einstellung der Kriegs-

zwischen staatlicher Beziehungen verschwinden und der Privatkapitalismus an die Stelle der Gläubigerstaaten tritt. Damit werden auch diese umgebildeten Verhältnisse zu unabänderlich feststehenden. Selbstverständlich muß dies, wenn die deutsche Volkswirtschaft hierbei letzten Endes der einzige Schuldner einer ganzen Welt wird, dazu führen, daß sich die Gläubiger auch des Vermögens ihres Schuldners in steigendem Maße bemächtigen werden, bis diesem nur das eine bleibt, womit er sein Leben fristen kann: die Arbeitskraft. Damit wäre denn auch das erreicht, was der Versailler Vertrag mit seinen finanziellen Bestimmungen bezweckte. Sind aber erst die Dinge in diesem Sinne geordnet, sind alle Verpflichtungen gegenseitiger Art zu rein privatrechtlichen geworden, dann wird Amerika auch die Stunde für gekommen halten, energischer als bisher seinen Willen zur Abrüstung durchzusetzen. Wenn spätere Geschlechter die letzten Auswirkungen des Weltkrieges erwägen werden, so werden sie feststellen müssen, daß der eigentliche Sieger in dem europäischen Völkerringen nicht England geworden ist, wie es es erhofft hatte, sondern einzig und allein die Vereinigten Staaten.

Bayerischer Landtag über Agrarnot.

An Reichstag und Reichsregierung. Bei der Beratung des Landwirtschaftsberichts entwickelte sich im Bayerischen Landtag eine große Auseinandersetzung über die Lage der Landwirtschaft. Eine Erklärung der Koalitionsparteien wies auf die katastrophale Lage der Landwirtschaft hin und stellte fest, daß sich trotz aller berechtigten Forderungen nach Abhilfe nicht nur nichts gebessert habe, sondern daß die Verelendung des Bauernstandes beständige steigende und infolgedessen die verzerreste Stimmung unter dem Landvolk bedrohliche Formen annehme.

Die jetzige Reichsregierung finde weder die Kraft noch den Entschluß, durch eine grundsätzliche Abkehr von der verkehrten Wirtschaftspolitik die Rentabilität der Landwirtschaft und damit eine größere Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes für industrielle Erzeugnisse zu sichern. Mit kleinen Mitteln und Konsummaßnahmen lasse sich die drohende Katastrophe nicht mehr abwenden. Sie forderten deshalb mit allem Nachdruck einen ausreichenden Schutz der einheimischen Erzeugung in der Getreide- und beim Abbruch aller Handelsverträge. Die tatsächliche Erfüllung dieser Grundforderung sei die nächste Lebensbedingung der deutschen Landwirtschaft und der gesamten nationalen Volkswirtschaft. Wenn Reichstag und Reichsregierung auch weiterhin es unterlassen, die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft zu erfüllen, dann lehnten die Parteien die Verantwortung ab für alles das, was sich daraus zwangsläufig ergebe. Die Deutsche Volkspartei schloß sich sachlich dieser Grundgedanke an, während die Nationalsozialisten erklärten, nur die nationale Diktatur könne das deutsche Volk befreien. Die Sozialdemokraten bezeichneten die Erklärung der Koalition als eine offene Kampfansage an die Reichsregierung und machten geltend, daß die Handelsverträge nicht von der jetzigen Reichsregierung, sondern unter dem deutschen nationalen Landwirtschaftsminister Schiele abgeschlossen worden seien.